

N i e d e r s c h r i f t

über die 42. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses
am 18.12.2003 im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

| | |
|----------------------------|---|
| Schmitz, Peter, | Ausschussvorsitzender |
| Bochem, Hans-Peter, | Ratsmitglied |
| Borowski, Helma, | Ratsmitglied |
| Doose, Friederike, | Ratsmitglied |
| Esser-Faber, Margarete, | Ratsmitglied |
| Fink, Ulrike, | Ratsmitglied |
| Hövelmann, Jens, | Ratsmitglied |
| Kieven, Ansgar, | Ratsmitglied , bis 19.00 Uhr |
| Stauch, Ingrid, | Ratsmitglied |
| Staufmehl, Helmut | Ratsmitglied, bis 18.40 Uhr |
| van Snick, Doris, | Ratsmitglied |
| Viertmann, Karl, | Ratsmitglied |
| Gundelach, Klaus, | Sachkundiger Bürger |
| Hintzen, Ulrich, | Sachkundiger Bürger , bis 18.40 Uhr |
| Lorscheid-Kratz, Kathleen, | Sachkundige Bürgerin |
| Sauer, Karl, | Sachkundiger Bürger |
| Viehöfer, Hildegard, | Sachkundige Bürgerin |
| Dr. Kreßner, Thomas, | Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme , bis 19.10 Uhr |
| Laufs, Jürgen, | stellvertretender Sachkundiger Bürger |
| Müller, Heinz, | Vertretendes Ratsmitglied |
| Mauermann, Dieter | sachkundiger Einwohner |

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause
Frau Bartel zu TOP 3
Herr Danz und Herr Krieger zu TOP 4
Beig. Schulz zu TOP 3.a NÖ-Teil
Herr Ervens zu TOP 3.a NÖ-Teil
Herr Marx, zugleich als Schriftführer

Als Gäste sind zu TOP 5 anwesend:

Herr Heinen, Rektor GGS
Herr Kochs, Schulpflegschaftsvorsitzender GGS Süd
Frau Sieben Beraterin für „Offene Ganztagschule“

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung entsprechend dem Dringlichkeitsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 18.12.2003 im nichtöffentlichen Teil um den Beratungspunkt „Vertrag mit

RWE-Umwelt, Papiersammelnde Vereine“ zu erweitern. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung evtl. Erweiterungen und Absetzungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 2. Anfragen
 - 3. Senkung des Zuschussbedarfs der Stadtbücherei;
hier: Bericht
 - 4. Übertragung der Pflege der Nebenanlagen der Sportplätze auf Vereine
Antrag Nr. 19/2003 der CDU- und der FDP-Fraktion vom 12.07.2003
 - 5. Offene Ganztagschule
hier: Stellungnahme der Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd
- B. Nichtöffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 2. Anfragen
 - 3.a Vertrag mit RWE- Umwelt, Papiersammelnde Vereine
 - 3. Flüchtlingsbetreuung;
hier: Verlängerung des Honorarvertrages mit Frau Wagner
 - 4. Verschiedenes

A. Öffentlicher Teil

- 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 1.1. Neuer Klassenraum in der Gemeinschaftsgrundschule West
(Vorlagen-Nr.: 621/2003)

Wie bereits mitgeteilt, benötigt die GGS West im nächsten Schuljahr einen zusätzlichen Klassenraum. Die Schulkonferenz hat beantragt, die im hinteren Kellerbereich liegenden Räume (Abstellraum, Musikraum, Fahrradkeller) als Klassenraum umzubauen.

Der Umbau des jetzigen Werkraumes, der auch als Lösung in Frage käme, solle möglichst nicht erfolgen, da dieser später als Küchen- und Speiseraum für einen Ganztags-schulbetrieb genutzt werden könnte.

Das Hochbauamt ermittelt die Kosten für die Umbaumaßnahmen.

- 1.2. Schulrechtsänderungsgesetz
hier: Sprachförderung und Infoveranstaltungen
(Vorlagen-Nr.: 619/2003)

Wie bereits mitgeteilt, wurde am 2. Juli 2003 das Schulrechtsänderungsgesetz verabschiedet.

Neben der durchgeführten Anmeldung der Schulneulinge bereits im November beinhaltet der Artikel 6 u.a., dass die Schule im Rahmen des Anmeldeverfahrens feststellt, ob die

Kinder die deutsche Sprache hinreichend beherrschen oder ob diese einen vorschulischen Sprachförderkurs besuchen sollen.

Im Vorfeld der Anmeldungen hat es ein Gespräch mit den Leiterinnen und Leitern der Grundschulen und einer Kindergartenleiterin gegeben, um bei der Anmeldung hinsichtlich der Sprachförderung einheitlich vorzugehen. Wie im Gespräch vereinbart, haben die Schulen vor den Anmeldeterminen Kontakt mit den Kindergärten aufgenommen.

Die Anmeldungen und entsprechende nachträgliche Tests hatten zum Ergebnis, dass lediglich 6 Kinder einen vorschulischen Sprachkurs besuchen sollten. Mit einer so geringen möglichen Anzahl kann kein weiterer Sprachkurs eingerichtet werden (zur Zeit läuft ein Kurs im Kindergarten Buchenweg). Es wird geprüft, ob wenigstens einige der 6 Kinder an einem Kurs im Buchenweg teilnehmen können bzw. auch wollen.

Eine Nachbesprechung hatte zum Ergebnis, dass in nahezu allen Jülicher Kindergärten Sprachförderung geschieht, wozu es gute Programme und Angebote des Kreises zur Weiterbildung gibt. Daher sollten die Kindergärten in ihren Bemühungen gestärkt und unterstützt werden.

Es wurde eine gemeinsame Konferenz der Schulen und der Kindergärten zu diesem Themenkreis vereinbart.

Der § 3 Abs. 4 des Schulpflichtgesetzes sieht nach Verabschiedung des Schulrechtsänderungsgesetzes vor, dass der Schulträger gemeinsam mit den Leiterinnen und Leitern der Tageseinrichtungen und der Grundschulen zu einer Informationsveranstaltung einlädt, in der die Eltern der vierjährigen Kinder über vorschulische Fördermöglichkeiten unterrichtet werden.

Nach Absprache mit den Grundschulen soll eine solche Veranstaltung innerhalb der 14 Tage vor den Osterferien an jeder Grundschule stattfinden. Die Grundschulen beteiligen jeweils eine Kindergartenleiterin. Der Schulträger wird die Eltern einladen und die Veranstaltungen moderieren. Themen sollen neben der Sprachförderung auch das Einschulungsverfahren, die flexible Schuleingangsphase und die Sozialkompetenz sein.

1.3. Senioren ins Netz (Vorlagen-Nr.: 618/2003)

Das Projekt „Senioren ins Netz“ der Stabsstelle für Gleichstellung und Sozialplanung gehört zu den Preisträgern des landesweiten Wettbewerbs „NRW: neues Lernen“. In diesem Wettbewerb haben sich rund 130 Projekte mit 2000 Teilnehmern beworben.

Die Preisverleihung fand am 6. Dezember 2003 in Düsseldorf durch die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder statt. 20 Projekte wurden für ihre herausragende Arbeit rund um die Vermittlung von Medienkompetenz ausgezeichnet.

Senioren ins Netz erhielt neben der Urkunde einen Sachpreis.

1.4. Jugendparlament (Vorlagen-Nr.: 617/2003)

Das Jugendparlament war vom 12. – 14. Dezember 2003 auf seinem Arbeitswochenende im Tagungs- und Begegnungshaus Nassenhof in Monschau-Mützenich. Es nahmen an dieser Fahrt 20 Mitglieder des Jugendparlaments in Begleitung des Jugendpflegers des Kreises Düren Herrn Fabig und der städtischen Kinder- und Jugendbeauftragten Frau Laux teil.

Neben dem intensiven Kennen lernen haben die Jugendlichen erfolgreich einen Satzungsentwurf für ihre erste öffentliche Sitzung, der Gründungsversammlung ihres Jugendparlaments im Januar 2004, erarbeitet und zwei Projektgruppen „Freizeitangebote für Jugendliche in Jülich“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring“ ins Leben gerufen.

Die 1. öffentliche Sitzung und Gründungsversammlung des Jugendparlaments wird am Dienstag, 13. Januar 2004, 16.00 Uhr, im großen Sitzungssaal stattfinden.

1.5. Kosten der Übergangsheime
(Vorlagen-Nr.: 616/2003)

Es wurde nachgefragt, wie hoch die Kosten für den Betrieb der Übergangsheime in diesem Jahr sind. Die genauen Kosten können erst im Frühjahr des nächsten Jahres angegeben werden, sofern dies gewünscht wird. Dann liegen die tatsächlichen Verbrauchsabrechnungen vor.

Bis Anfang Dezember d. J. wurden für die Übergangsheime für Flüchtlinge an reinen Betriebs- und Unterhaltungskosten (ohne bauliche Unterhaltung) und Miete rd. 69.800,00 € und für die Übergangsheime für Spätaussiedler rd. 28.500,00 € aufgewendet. Für die bauliche Unterhaltung wurden insgesamt rd. 30.600,00 € aufgebracht.

Darin nicht enthalten sind die internen Leistungsverrechnungen mit dem Bauhof und Personalkosten.

In den Kostenpauschalen, die das Land für Flüchtlinge an die Stadt gezahlt hat, sind 71.000,00 € für die Unterhaltung der Unterkünfte enthalten. Die gezahlte Landespauschale für die Unterhaltung der Übergangsheime für Spätaussiedler betrug rd. 6.700,00 €.

Die Nettokosten für alle Übergangsheime betragen damit rd. 51.200,00 €.

2. Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

3. Senkung des Zuschussbedarfs der Stadtbücherei;
hier: Bericht
(Vorlagen-Nr.: 599/2003)

Der Ausschuss bittet um Prüfung und Auskunft, welche Arbeiten bei der EDV-Abteilung entfallen, wenn diese in der Stadtbücherei die Betreuung der EDV im Rahmen von 9 Stunden wöchentlich übernimmt. Die Kosten dieser 9 Stunden Betreuung durch die EDV-Abteilung sollen mit den 9 EDV-Stunden in der Stelle der 20 Stunden-Kraft verglichen werden. Den Zahlen des HSK sollen positionsweise die des Arbeitskreismodells gegenübergestellt werden.

Weiterhin wird gebeten, die Einnahmen bei der Erwachsenen- und bei der Kinderausleihe auseinander zu rechnen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), bei 1 Stimmenthaltung(e)n

1. Der Ausschuss folgt grundsätzlich den Empfehlungen des Arbeitskreises, die u.a. den Erhalt einer Vollbibliothek vorsehen.
2. Die Verwaltung legt hierzu eine abschließende Einnahme-/Ausgabenrechnung vor.

4. Übertragung der Pflege der Nebenanlagen der Sportplätze auf Vereine
Antrag Nr. 19/2003 der CDU- und der FDP-Fraktion vom 12.07.2003
(Vorlagen-Nr.: 597/2003)

Es besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung zunächst mit den Vereinen in Gespräche und Verhandlungen eintreten und hierüber im Ausschuss regelmäßig berichtet werden soll. Zwischen der Januar- und der Februarsitzung soll - wie in der Sportplatzkommission beschlossen- eine Auftaktveranstaltung stattfinden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung(e)n

Der dargestellten Vorgehensweise wird grundsätzlich zugestimmt

5. Offene Ganztagschule
hier: Stellungnahme der Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd
(Vorlagen-Nr.: 598/2003)

Herr Rektor Heinen führt aus, dass er der Sache dienen und bei den Überlegungen für die notwendigen Rahmenbedingungen mitarbeiten möchte. Sollten diese Rahmenbedingungen stimmen, könnte er sich eine offene Ganztagschule an der GGS Süd vorstellen. Der Schulpflegschaftsvorsitzende Herr Kochs führt aus, dass die Schulkonferenz erst Klarheit über die Rahmenbedingungen haben muss, bevor sie konkret einen Antrag stellen kann.

Herr Kieven stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Schulkonferenz der GGS Süd Gespräche über die weitere Vorgehensweise zu führen.
2. Gleichzeitig klärt die Verwaltung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gesamtstädtische Umsetzung der offenen Ganztagschule.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Von 18.25 Uhr bis 18.35 Uhr erfolgt auf Antrag der CDU-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung.

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), bei 6 Stimmenthaltung(e)n

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Schulkonferenz der Gemeinschaftsgrundschule Süd Gespräche über die weitere Vorgehensweise zu führen.

Dabei geht es u.a. um Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern, die sagen, welche konkreten Angebote sie einbringen können.“

Die SPD-Fraktion enthält sich der Stimme, weil ihr der Beschlussvorschlag nicht weitreichend genug ist.